Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 23

Artikel: Ser Streit Moskau-Peking bedeutet praktisch für den Westen : Peking ist jetzt die aktive Gefahr

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076369

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bern, 29. Juni 1960 Preis 50 Rp.

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 23 Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern
Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit
Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 2 77 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

JAPANS FALL: WOHLSTAND ALLEIN IST NICHT GENUG

Ministerpräsident Kishi musste unter dem Druck von Demonstranten, darunter besonders Studenten, Eisenhowers Besuch absagen und gleich nach der mit Glück unter Dach gebrachten Ratifizierung des Sicherheitsvertrags mit den USA seinen Rücktritt ankündigen.

Es besteht jedoch keine Parallele zu den jüngsten Ereignissen in Korea und der Türkei, wo Demonstranten, darunter besonders Studenten, den Sturz eines unbeliebten Regimes herbeiführten. In Japan war es ein von Drahtziehern geleiteter Stosstrupp, der einer anders — oder gar nicht — denkenden Mehrheit das Gesetz der Gewalt aufzwang.

Führend war dabei die Zengakuren, eine Studentenorganisation, die angeblich die Hälfte der 677 000 Studenten Japans als Mitglieder zählt. Nach dem Krieg übernahmen immer mehr die Kommunisten die Leitung. Mit straffer Organisation und Taggeldern bis zu acht Franken konnte die Zengakuren etwa 15 000 Studenten mobilisieren. Unterstützt wurde sie von der Sohyo, einem Bund von 22 linksstehenden Gewerkschaften mit 3,5 Millionen Mitgliedern, und von den Sozialisten, die an den letzten Wahlen 13 Millionen Stimmen (gegen Kishis 23 Millionen) erhielten.

Insgesamt dürften knapp 80 000 Menschen demonstriert haben, und bei den letzten, entscheidenden Zwischenfällen, bei denen die Zengakuren besonders aktiv waren, etwa 30 000 — eine geradezu peinliche Minderheit. Doch die Millionen der Weltstadt Tokio und die übrigen Studenten blieben passiv; damit verhalfen sie recht eigentlich der demonstrierenden Minderheit zum Erfolg.

Organisierte Umtriebe von Agitatoren — kommunistischen und anderen — können bloss Voraussetzungen schaffen. Diese Voraussetzungen führten in Japan zum Erfolg, weil die Mehrheit nicht wusste und nicht wissen wollte, worum es ging.

Die Demonstration richtete sich in erster Linie gegen den amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt. Dabei wurde völlig übergangen, dass der neue Vertrag den für Amerika weit günstigeren von 1951 ersetzt. In Abwesenheit eines neuen Vertrags aber hätte der alte in Kraft bleiben müssen.

Ebenso liessen sich einzelne Pekingfahrer unter den Sozialistenführern davon überzeugen, Peking werde «seine militärische Bindung an die Sowjetunion lösen», also «neutraler» werden, wenn sich Japan von den USA distanziere.

Japans Politiker leiden noch an veraltetem Wunschdenken und unklaren Vorstellungen der Weltlage. Besonders aber leidet die studierende Jugend an Gleichgültigkeit. Es ist noch ein weiter Weg zu den Studenten Ungarns, Südkoreas und der Türkei, die ihr Leben für Freiheit und Recht einsetzten.

Gerade die Desorientierung der Jugend Japans lässt erkennen, dass Wirtschaftswunder mit scheinbarer Stabilität nicht genügen, um — wie man Japan seit dem Krieg gerne bezeichnete — «eine Bastion der freien Welt» zu bauen. Abkehr von falschen Idealen ist nur ein erster Schritt — den hat Japan, das sei anerkannt, getan. Was noch fehlt ist das Bekenntnis zu neuen, positiven, politischen Idealen.

Peter Sager.

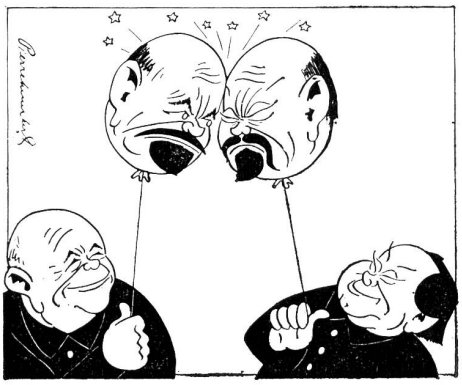
Der Streit Moskau–Peking bedeutet praktisch für den Westen:

Peking ist jetzt die aktive Gefahr

Die Moskauer und die Pekinger Parteipresse führen auch nach der Gipfelkrise den ideologischen Streit (KB, 15. Juni) weiter. Dieser Streit ist äusseres Gewand eines sehr realpolitischen Spiels, dessen Endeffekt den Westen lebenswichtig berührt. «Sowjetskaja Rossija» und «Prawda» nahmen vorletzte Woche als neuesten Kampfanlass den vierzigsten Jahrestag eines Buches Lenins: «Der linke Radikalismus — Kinderkrankheit im Kommunismus.»

Die Linke der deutschen Kommunisten hatte damals den Widerspruch aufgestellt zwischen der «Führerpartei, die den revolutionären Kampf von oben zu meistern versucht, zu Kompromissen ... und Koalitionen bereit», und der «Massenpartei, die ... unter Ablehnung aller ... opportunistischen Methoden nur ... die rücksichtslose Niederwerfung der Bourgeoisie» will. Diese Linke postulierte eine aus den Tiefen des Proletariats aufsteigende, absolute Revolution: «... jeder Kompromiss ... jede Politik des Lavierens und Paktierens ist mit Entschiedenheit abzulehnen.»

Jedem sein eigener Lenin



Lenin verurteilte diese Linke und schrieb (Werke, Bd. 31, S. 55, Dietz, Ost-Berlin, 1959): «Es ist doch unmöglich, dass (sie) nicht wissen, dass die ganze Geschichte des Bolschewismus ... voll ist von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch bürgerlichen Parteien!»

Auf diesen Vorwurf des «Linksradikalismus» antwortete Peking — obwohl nirgends mit Namen genannt — nach wenigen Tagen in der «Roten Fahne»: «Der Imperialismus wird bis zu seinem Untergang seine Natur niemals ändern»; an den Erfolg einer Koexistenz zu glauben, sei «zumindest ein Zeichen naiven Denkens». Ideologische Auseinandersetzungen sind im Kommunismus wichtig. Damit untermauert die Führung die Orthodoxie ihres momentanen Standpunktes vor niederen Parteikadern und Massen.

Der Kommunismus erzieht das Volk in einem starren Dogma, um es, wie mit militärischen Kommandos, straff führen zu können. Praktische Regierungsprobleme sind jedoch nicht mit dogmatischen Formeln zu lösen. Abweichen von eingehämmerten Grundsätzen aber schafft Verwirrung im untern Parteiapparat; das ideologische Plädoyer rechtfertigt durch neue Interpretation die veränderte Linie.

Nach seinen Konzessionen vor Pekings Intransigenz muss der Kreml erstens plädieren, dass seine Handlungsweise weiterhin leninistisch-orthodox ist, und zweitens — da er orthodox ist — den Führungsanspruch im Kommunismus weiter beanspruchen.

Nach demselben Gesetz kam eine Replik aus Peking. Der Westen jedoch möchte wissen, ob Rotchina es in seinem «Linksradikalismus» wirklich auf einen Krieg an-

Fortsetzung Seite 4

Ich glaube, dass der Kommunismus in Japan siegen wird ... Die Japaner sind ein ausdauerndes Volk, und sie werden den Sieg erringen.
Chruschtschew, Interview T. Hirooka, 18. Juni 1957.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

29. Juni 1960

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst Freier Korrespondenz-Dienst Schriftenreihe

Unser Memo

Der Kampf mit Worten um den Führungsanspruch im Kommunismus geht in diesen Wochen unbeirrt weiter. Chruschtschew hat den 3. Kongress der Rumänischen Arbeiterpartei zum Anlass genommen, um seine Satelliten um sich zu scharen und den neuen und doch traditionell marxistisch-leninistischen Kurs zu erläutern. Seinen Ausführungen kann man, nach Wegschälen der dialektischen Garnitur, folgendes entnehmen: (1.) Das Wort Koexistenz wird nicht zum alten Eisen geworfen; wie er sich die Praxis vorstellt, sagte er aber nirgends, denn (2.) der Kapitalismus ist überlebt; er ist so angeschlagen, dass seine Staatsmänner die «friedliche Koexistenz», weil für sie zu gefährlich, nicht annehmen können — daher das Pariser Scheitern. Einerseits behauptet Chruschtschew heute, der Imperialismus könne sich den Luxus der Koexistenz nicht mehr leisten, andererseits bietet ihm Moskau gerade das an. Diesen Widerspruch löste Chruschtschew nirgends in seinen Aeusserungen. (3.) Er skizzierte einen «Aktionsplan» für 20 Jahre, wobei ein Planungsexperte sagte, 1980 werde die UdSSR ebenfalls Kommunen haben. (4.) Er gab indirekt zu, ohne Hoffnung auf Erfolg nach Paris gegangen zu sein, da «es klar war, dass die Imperialisten keine Entspannung wollten»; auch habe ein Versprechen des Präsidenten der USA keinen Wert, weil er dank seinen Kompetenzen sowohl Befehle geben als dieselben Befehle widerrufen könne. Damit aber gab Chruschtschew etwas Wichtiges zu: Dass er, wissend, er könne keinen Erfolg buchen, wissend, er könne kein Versprechen Eisenhowers annehmen, trotzdem mit Friedenspropaganda nach Paris ging — also dass er log. Wichtiger noch aber ist, dass aus seinen eigenen Worten klar hervorgeht, nur ein ihm genehmer Präsident der USA könne ein vollwertiger Gesprächspartner sein. Damit hat Chruschtschew einmal mehr für die, die es hören wollen, bestätigt, dass kommunistische Staaten auf die Dauer nur mit solchen Regierungen verkehren können, die keine eigene, der international-kommunistischen entgegengesetzte Politik verfolgen.

An unsere Abonnenten:

Vorübergehende Adressänderungen (Ferien, Militärdienst), welche die Administration jeweils mit der Montagspost erreichen, können noch für die Nummer der laufenden Woche (Mittwoch) berücksichtigt werden. Bitte Anfang und Ende der Adressänderung deutlich angeben!

Administration

Curriculum der Woche

MITROFAN IWANOWITSCH NEDELIN

Marschall der Artillerie; bisher Oberkommandierender der Sowjetartillerie, Chef Artillerie-Hauptverwaltung, Verteidigungsministerium; nach Mitteilung Chruschtschews neuerdings Kommandant der Raketenstreitkräfte der UdSSR, direkt Verteidigungsminister Malinowsky (KB, 25. Mai) unterstellt. Geb. 1903 od. 1904; milit. Laufbahn (im Gegensatz zu Malinowsky, Schukow) erst nach Bürgerkrieg in Roter Armee; 20er Jahre Artillerieschule, guter Kanonier; 1935 Absolvent Art.-Akademie Moskau; 1936—1939 Art.-Berater der Loyalisten im spanischen Bürgerkrieg; Kommandant 13. Art. Rgt., Moskau; 1940 Oberst, Art.-Inspektor Moskauer Distrikt; 1941 Art.-Of. in der Schlacht um Moskau; 1943 bis Kriegsende Art.-Of. Dritte Ukrainische Front (Chruschtschew damals auch in Ukraine), berühmt als Spezialist für Stalins «Artillerie-Offensiven»: Massierung von 300 und mehr Rohren pro 1 km Frontabschnitt; bei Kriegsende Generaloberst, Departementschef Art.-Hauptverwaltung; 1950 Oberkommandierender Armee-Art.; 1952 Kandidat Zentralkomitee KPdSU; 1953 Marschall; 1954 Abgeordneter Oberster Sowjet UdSSR; mehrere Lenin- und andere Orden. Urteil Chruschtschews: «Bemerkenswerter Soldat, Held der Sowjetunion, glänzender Artillerist, der mehr als irgend jemand vom Raketenwesen versteht.» Nedelins Selbsturteil: «Nur ein Kanonier, nicht mehr.»

Gegensätze des 20. Jahrhunderts

Unter diesem Titel behandelte am 15. Juni die «Selskaja Schisn» (Dorfleben), eine vom Zentralkomitee der Partei herausgegebene Landwirtschaftszeitung, das Problem der Mechanisierung in der Landwirtschaft. «Wir erreichten (zwar) grosse Erfolge ... von der Vorbereitung des Bodens bis zum Einbringen der Ernte; bisher sind jedoch Fragen der Mechanisierung der Getreideernte ... ungelöst.»

Das Problem ist, dass die sowjetischen Mähdrescher die Aehren mit einem kurzen Halm schneiden. Der Rest des Halmes bleibt ungefähr kniehoch stehen. Das Getreidestroh muss deshalb nachträglich von Hand gemäht und wie Heu eingebracht werden — während die Sputniks fliegen.

Fortsetzung von Seite 1

kommen lassen wird. Hier können nur Taten, nicht Worte, Auskunft geben.

Nachdem Moskau Konzessionen machte, ist als sicher anzunehmen, dass Peking ebenfalls welche versprach. Wölfe unter sich sind vorsichtig. Die Frage ist, ob Rotchina Wort halten wird. Das kann nach folgender Faustregel kontrolliert werden: Wenn in den nächsten sechs Monaten (bis Winterbeginn im Norden, Monsunbeginn in Südostasien) Peking keine gefährlichen offensiven Handlungen begeht, kann man annehmen, dass es für die nächste taktische Phase des Weltkommunismus auf mässigere Aussenpolitik umstellt. Dann hätten sich Moskau und Peking auf halbem Wege getroffen.

Provoziert aber Peking unbeirrt weiter, wobei Süd- und Südostasien, Formosa und Korea für direkte Aggression, Indonesien, Südvietnam, Philippinen und Japan für innere Wühlarbeit im Auge zu behalten sind, dann ist Gefahr da.

Dann hat Peking zwar von Moskau Konzessionen erhalten, jedoch seinerseits keine gewährt. Dann sind die Führer Rotchinas auf der schiefen Bahn des verblendeten Besserwissers, der vor nichts mehr zurückschreckt.

kurz

Eine tschechische «Mission des guten Willens» unter dem stellvertretenden Aussenminister Jiri Hajek flog am 4. Juni nach Brasilien («Rude Pravo», 6. Juni).

Der tschechische Aussenhandelsminister Frantisek Krajcir flog am 4. Juni nach Kuba; ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen Kuba und der CSR wurde unterzeichnet. Kuba erhält für Industrie-Investitionen einen Kredit von 20 Millionen Dollar («Rude Pravo», 5. Juni; «Uj Szo», 12. Juni).

Die sowjetische «Intourist» empfing 1959 als Touristen 580 000 Ausländer. 1960 soll die Zahl um 60 Prozent steigen. Anmeldungen liegen aus 95 Ländern vor («Prawda», 12. Juni).

Das sowjetische Gastgewerbe hat entdeckt, dass «der Zeitlohn nicht geeignet (ist), die Kellner zur Hebung der ... Produktivität zu bewegen». Man hat mit einer neuen Methode gute Erfahrungen gemacht: Der Kellner bekommt einen gewissen Prozentsatz der durch ihn eingereichten Rechnungen («Sowjetskaja Torgovlja», 14. Juni).

1959 gab es in der UdSSR 10 Helikopterlinien. Die guten Erfahrungen führten zum Ausbau von 100 weiteren Linien. Bis Ende 1960 sollen etwa 200 Linien in Betrieb sein («Prawda», 15. Juni).

A.Z.
Bern 1